

Die Retter und ihr Werk.

Es gibt Staaten, denen von Privatseite keine Kredite mehr gewährt werden (Island, Kalifornien). Einige große Banken müssen ihre Schalter schließen. Selbst einige Lebensversicherungsgesellschaften rutschen in die Pleite.

Was geht hier vor?

Die USA unter George W. Bush zogen in den Krieg. Das kostete Geld, mehr als der Haushalt hergab. Er ließ sich nur über das Aufnehmen von Schulden ausgleichen. Das erzwang, die Steuern zu erhöhen.

Der vermehrte Umlauf verknappte das Bargeld. Das Fed druckte neues. Das brachte die Inflation ins Traben.

Als Folge davon wogen für den amerikanischen Bürger die Gehaltserhöhungen die Geldentwertung und Abgabenbelastung nicht mehr auf. Ob er das hätte vorherzusehen müssen oder falsch beraten wurde, ist ohne Belang. Jedenfalls konnte er seine Kredite nicht mehr bedienen.

Den Banken flossen infolgedessen zunehmend Immobilien zu, für die sich in den Versteigerungen (trotz ständig verringerter Preise) keine Käufer fanden. Statt auf flüssigem Kapital sitzen sie nun auf Sachen, die sich nicht zu Geld machen lassen. Das überfordert jede Bank.

Die Staaten, schuldig an der Misere, geben jetzt vor (und die Presse kolportiert es), das Finanzsystem gerettet zu haben.

Dies wollen sie bewirkt haben, indem sie weiteres Geld auf den Markt werfen.

Das hat zweierlei Folgen:

Da sie das Geld nicht haben, von dem sie so großzügig Gebrauch machen, zahlt die Zeche erneut der kleine Mann. Ihm wird das staatliche Manko vom Gehalt abgeknöpft und er erlebt obendrein, daß die Scheine und Münzen in seinem Beutel zunehmend weiter an Wert verlieren.

Überdies werden die nachrangig Schuldigen, die Bankinhaber, aus der Haftung genommen.

Da es sich hier vorwiegend um Kapitalgesellschaften handelt, müßten, griffe der Staat nicht ein, die Gesellschafter und Aktienbesitzer für das Verhalten ihrer Unternehmen geradestehen. Die von diesen gewählten Aufsichtsräte indessen und die von diesen wiederum bestellten Vorstände haben nicht nur versagt, sondern obendrein kräftig in die Kasse gegriffen - was nun ohne die Folgen bleibt, die es haben müßte.

Sodann wollen die Staaten die Überwachung der Banken erweitern und verbessern.

Nun gibt es in den meisten Staaten bereits eine hoheitliche Bankenaufsicht. Ihr entging weitgehend, was sich in den abhörsicheren Büros abspielte. Wird es jetzt gelingen, jedem gierigen Banker einen wiefen Beamten in den Nacken zu setzen?

Und was die Regeln anbelangt, so waren die meisten Gesetzgeber in den letzten Jahren durchaus nicht faul. Gegen weitere Verordnungen, ja gegen Verordnungen insgesamt darf man Bedenken hegen.

Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz, das, so unkonkretisiert, wie es ist, dennoch von jedem auf dem Markt gekannt wird, das des ehrbaren Kaufmanns. Seit Jahrtausenden stellt sich immer wieder die Frage, ob es notwendig oder nützlich ist, diese Norm in Gesetzesform zu gießen. Denn jeder, der auf den Markt geht, weiß, daß, wenn er sich auf den schmalen Grat zwischen Gut und Böse begibt, er in Gefahr gerät zu stürzen. Ist es da der Sache dienlich, ein paar Barrieren zu errichten, wohl wissend, daß Schwindelfreie unversehens eine Umgehung finden (unterstützt von eigens darauf angesetzten Wissenschaftlern)?

Der Markt allein straft unerbittlich, wie sich zeigt – wenn man ihn denn ließe -, ohne daß ihm vorgeschrieben wäre, was er strafen soll.

Der Staat hat nun erneut einigen Gratwanderern (großen, mächtigen) vermittelt, daß er sie auffängt, unabhängig davon, was sie auf jenem schlüpfrigen Pfad anstellten. Diese Staatsgarantie ist in der

Vergangenheit schon mehrfach den Verantwortlichen einiger vom Zusammenbruch bedrohter großer Firmen zuteil geworden (und wird jetzt schon wieder in den Blick genommen). Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Banker bei all ihren Tun sie in Rechnung stellten.

In den Aufsichtsräten im übrigen sitzen schon seit eh und je auch Politiker. Nachdem der Staat nun gegebenenfalls in großem Stil Aktien aufkaufen will, somit Anspruch auf verstärkte Mitwirkung an der Kontrolle erlangt, werden sich noch mehr Politiker in jenen Gremien tummeln. Daß dies der Sache dienlich sei, wird von der Erfahrung nicht bestätigt.

Hinzu kommt, daß es auf dem Markt nicht allein um Gut und Böse, sondern in starkem Maß auch um Richtig oder Falsch geht. Schuld und Unschuld richten sich auch danach, ob die Marktsituation richtig erkannt wurde. Nicht allein Ehrlichkeit und Fleiß sind gefragt. Wesentlich sind auch Überblick und Mut. Und da stellt sich nun die Frage, ob die Kontrolleure, Politiker und Beamte, sich als sehr hilfreich erweisen werden, den besseren Durchblick haben, wenn es gilt, ein neues Produkt auf den Markt zu bringen oder ein altes zu verteidigen.

Viel bedeutender indessen an der ganzen Sache ist, daß die Manipulationen der Banker, die so sehr in den Vordergrund geschoben werden, für das Entstehen der Krise völlig unerheblich sind. Denn bei den Wetten, um die es sich dabei vorwiegend handelt, lassen die Gewinner und Verlierer die umlaufende Geldmenge und ihren Wert konstant. Es findet eine Umschichtung des Kapitals statt, wobei es keineswegs immer moralisch und gerecht zugeht. Daran mag die Gesetzgebung sich reiben, sie mag einige unschuldige Verlierer entschädigen und das Aufkommen weiterer vermeiden können, für die Wirtschaft aber ist dies ohne tiefgreifende Bedeutung.

Das also, worauf sich die Kontrolle richten soll, ist für die Stabilität des Finanzsystems gänzlich irrelevant. Die nämlich hängt davon ab, wieviel dem Bürger netto von seinem Verdienst erhalten bleibt und wieviel das Geld wert ist, das in seinen Taschen klingelt.

Die Kaufkraft ist maßgebend. Die aber wird erneut geschmälert. BMW und Opel lassen schon mal für ein paar Wochen ihre Bänder stehen.

Die Politiker schieben den Bankern die Schuld an der Misere zu, unterstützt von den ihnen Hörigen. Gewiß, die Zocker in den Banken haben mit lockerem Geld verführt. Doch den Kollaps haben letztlich die geplatzten Kredite der Häuslebauer verursacht. Und die Wirtschaft stagniert nicht, weil einige Banken ihre Zahlungsfähigkeit verloren haben (und nun ein paar Schlipsträger auf der Straße stehen), sondern weil der Normalbürger sich kein neues Auto kaufen kann.

Die beiden Präsidentschaftskandidaten der USA versprechen unisono, die Steuern senken zu wollen. Bei einem Haushaltsdefizit in der Rekordhöhe von 455 Milliarden Dollar (die aktuellen Finanztransaktionen noch unberücksichtigt) ließe sich das realiter nur über eine weitere Erhöhung des Schuldenbergs bewerkstelligen, wobei eine Belastung von 100 Prozent des Bruttosozialprodukts entstehen dürfte. Die Situation wird sicher nicht erleichtert dadurch, daß fast die Hälfte der amerikanischen Staatsschulden von asiatischen Staaten, darunter ein großer Anteil von China, gehalten wird.

Die Marktwirtschaft habe versagt, singen Politiker und Mainstream-Medien im Chor. Der Markt indessen verhält sich, wie es ihm geziemt. Wer seine Gesetze verletzt, bleibt auf der Strecke..

Die Mechanismen des Marktes bewirken, daß stets am Ende überlebt, wessen Angebot abgenommen wird, wer in der Käufer Gunst verbleibt. Diese Gesetzmäßigkeit wird aus den Angeln gehoben, wenn ein Marktteilnehmer nicht befürchten muß, daß er auf einer Ware sitzen bleibt, die niemand haben will oder die sich zu wenige leisten können oder von der sich herausstellt, daß sie nichts taugt. Der Markt verliert seinen Vorzug, wenn einige seiner Teilnehmer für Fehleinschätzungen oder Vergehen nicht haften müssen.

Würden die Aktionäre damit rechnen müssen, daß niemand ihr Unternehmen auffängt, wenn es in Konkurs gerät, würden sie vermutlich ihre Aufsichtsräte nach strengeren Kriterien auswählen und von diesen verlangen, daß die geschäftsführenden Angestellten Verträge erhalten, die eine persönliche Haftung vorsehen.

Den Bankern einige Wetten und Termingeschäfte zu verbieten, ist reine Augenwischerei. Denn diese Transaktionen mögen einige Banken in den Ruin getrieben haben. Aber für den Markt, für die Wirtschaft ist das ohne jede Bedeutung. Wenn schlechte Banken die Bühne verlassen, machen die guten um so bessere Geschäfte. Die Staaten lähmen die gesunde Auslese, sie nehmen den tüchtigen Teilnehmern auf dem Markt sonst vorhandene Chancen, sie hemmen Erneuerung und behindern das Aufkommen eines besseren Angebots zu einem günstigeren Preis.

Der Markt hat nicht versagt. Nicht der Markt schreit nach der Politik. Wer da barmt, das sind diejenigen, die gegen die Gesetze des Marktes verstoßen haben. Doch indem der Staat deren Wehklage erhört, setzt er die Vorzüge des Marktes außer Kraft – mit verhängnisvollen Folgen für seine Bürger.

Der Aktionismus der Staaten mithin vergrößert und verschlimmert die Krise.

Man kann doch Banken und Versicherungen nicht einfach pleite gehen lassen, heißt es. Das schmälert doch das Vertrauen. Und die Unternehmen erhielten keine Kredite mehr.

Abzuwarten indessen bleibt, ob eine beständig sinkende Valuta und der Verlust vieler Arbeitsplätze das Vertrauen in das Funktionieren des Systems wiederherstellt.

Und was die Geldausstattung der Unternehmen anbelangt, dafür blieben stets genügend gesunde Banken auf dem Markt (In Deutschland freuen sich die Sparkassen und Genossenschaftsbanken über jeden neuen Kunden. Sie haben just viel neues Geld in die Kassen gekriegt).

Was hätten die Staaten tun sollen? Aktuell nichts! Sie müßten ihre Haushalte in Ordnung bringen und halten (nicht mehr Geld ausgeben, als sie mit erträglichen Steuern einnehmen) und ihre Währungen wieder an den Goldstandard binden.

Beliebig vermehrtes (wertloses) Geld schafft kein Vertrauen. Es fördert statt dessen die zu recht beklagte Manipulation mit ihm.

Unsere Vorrechner machen uns weis, daß man trotz zunehmender Staatsschulden die Steuern und Abgaben senken kann. Sie lassen sich durch Sätze der Algebra bei ihren Versprechungen nicht irre machen. Und Vorsorge über die nächste Legislaturperiode hinaus zu treffen, betrachten sie als Überforderung ihrer Zuständigkeit.

Zusätzlich zu den gigantischen gesellschaftlichen und Umweltproblemen, die der Lösung harren, laden wir unseren Kindern gewaltige Schuldenmengen auf. Gott gnade ihnen, wenn diese Blase platzt.

